

* Bündnis Freie Bildung

Übersicht der Originalantworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 07.05.2017

	1. Befürworten Sie eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mitteln (ko-)finanziert wurden, nach den Grundsätzen der Open Definition der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie dafür?
Bündnis 90/Die Grünen	Wir GRÜNE sind der Meinung, dass öffentlich finanzierte Bildungsmaterialien wie auch Forschungsergebnisse frei zugänglich sein sollen. Dazu müssen vor allem auf Bundesebene durch generelle Regelung für Wissenschaft und Schule im Urheberrecht Veränderungen angestoßen werden
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.
SPD	<p>Wir beziehen uns in unserer Politik auf die Definition, die 2012 auf dem Weltkongress der UNESCO zu OER verwendet wurde. Diese schließt digitale und nicht digitale gemeinfrei Bildungsressourcen ein. Dabei muss die offene Lizenzierung das geltende Urheberrecht respektieren.</p> <p>Das Land Schleswig-Holstein ist unter unserer Verantwortung im Bildungsbereich bei der öffentlichen Verfügbarkeit gut vorangekommen. Im Herbst 2016 konnten die Lehrkräfte über ein Medienportal auf rund 27.000 digitale Medien und 35.000 Bilder zugreifen.</p>
FDP	Bildung ist ein Bürgerrecht und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildungskosten sollen soweit wie möglich vermieden werden. Eine generelle Regelung, Bildungsmaterialien frei zugänglich zu machen, kann es jedoch nicht geben, da es Urheberrechte und geistiges Eigentum zu

* Bündnis Freie Bildung

	<p>wahren gilt. Die FDP setzt sich für ein moderneres Urheberrecht nach Vorbild des Fair-Use aus den USA ein, wonach die Möglichkeit besteht, urheberrechtlich geschütztes Material zu kopieren, um es im Sinne eines eingeschränkten und transformativen Zweckes (z.B. zur Parodie oder im Bereich von Bildung und Wissenschaft) zu verwenden.</p>
Die Linke	<p>Ja. Prinzipiell ist DIE LINKE der Auffassung, dass durch öffentliche Gelder (ko-)finanzierte Erzeugnisse dauerhaft der Allgemeinheit zur Verfügung stehen müssen. Hierzu zählen insbesondere auch Bildungsmaterialien.</p> <p>Hierzu bedarf es einer klaren gesetzlichen Normierung, die wir auf Landesebene (wie auch im Bund) anstreben.</p>
AFD	<p>Ja – Bildungsmaterialien deren Erstellung ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde, sollten nach den Grundsätzen der Open Definition der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.</p> <p>Durch kleine Anfragen werden wir offenlegen, in welchen Bildungsbereichen es solche Projekte in Schleswig-Holstein gibt und was dabei an Materialien herausgekommen ist. Je nach Ergebnis würden wir dann in unserer Fraktion über entsprechende Antragstellung auf Open Definition Lizenzen entscheiden.</p>
Piraten	<p>»Wissen ist Macht – wenn es allen gehört«. Die Veröffentlichung von Ergebnissen aus öffentlich finanzierter oder geförderter Forschung und Lehre findet oft durch kommerzielle Verlage statt. Die Qualitätssicherung (Peer Review) wird meist von ebenfalls staatlich bezahlten Wissenschaftlern übernommen. Forschungseinrichtungen müssen für selbst erarbeitetes Wissen noch einmal bezahlen, wenn dieses Wissen ausschließlich von kommerziellen Verlagen verbreitet wird. Der Steuerzahler kommt also mehrfach für die Kosten der Publikationen auf. Ebenso veröffentlichen die Ministerien und Landesanstalten zu verschiedensten Themen regelmäßig Publikationen, die bisher nicht frei weiter verwendet werden dürfen. Wir setzen uns dafür ein, dass das wissenschaftliche und kulturelle Erbe der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access zugänglich gemacht wird. Wir sehen es als Aufgabe der Landesregierung an, dieses Prinzip an den von ihr finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen. Wir wollen erreichen, dass an Bildungseinrichtungen ausschließlich Lehrmittel mit freien Lizenzen verwendet werden. Dies trägt zur Kostensenkung bei Eltern und Schulen bei. Verlage sollten nicht mehr durch Lizenzen, sondern nach Aufwand bezahlt werden.</p>

* Bündnis Freie Bildung

SSW	<p>Der SSW steht für das Ziel einer kostenlosen Bildung. Diesen Standpunkt vertreten wir auch und gerade in der aktuellen Diskussion um Bildungskosten und Lernmittelfreiheit. Und für uns ist grundsätzlich klar, dass offene Daten die Möglichkeiten des Lehrens und Lernens erheblich erweitern. Der offene Zugang zu Bildungsmaterialien eröffnet gänzlich neue Möglichkeiten zur Förderung von Bildung und Wissen - und das für alle Menschen. Ein solcher Ansatz stärkt die Teilhabemöglichkeiten an der digitalen Informationsgesellschaft und wird deshalb vorbehaltlos von uns unterstützt. Vor diesem Hintergrund befürworten wir natürlich auch eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien deren Erstellung aus öffentlichen Mitteln (ko-)finanziert wurden, nach den Grundsätzen der Open Definition der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen.</p>
-----	--

	<p>2. Inwieweit wollen Sie öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen und Hochschulwesen dazu anhalten und gezielt unterstützen, die von Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalte unter einer freien Lizenz (z.B. Creative Commons Lizenzen CC0, CC-BY, CC-BY-SA) zu veröffentlichen? Inwiefern können Sie sich vorstellen, Lehrerinnen und Lehrer an Schulen und Hochschulen für die Erstellung von freien Bildungsmaterialien (engl. Open Educational Resources, kurz OER) teilweise vom Unterricht freizustellen bzw. den Schulen zu ermöglichen, Lehrende im eigenen Ermessen vom Unterricht dafür freizustellen? Welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt werden und wie können diese geschaffen werden?</p>
Bündnis 90/Die Grünen	<p>Aufgrund der engen Personalsituation an unseren Schulen und Hochschulen und unserem Ziel, die Unterrichtsversorgung und das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern, haben wir eine andere Priorität. Trotzdem möchten wir Lehrkräfte und Lehrende dabei unterstützen Unterrichtsmaterial unter freien Lizenzen anzubieten. Gerade auch im schulischen Bereich wollen wir die Möglichkeiten von OER unterstützen, müssen aber sehen, wie wir die Ressourcen bereitstellen können. In einem ersten Schritt ist es schon sinnvoll, wenn innerhalb einer Schule Materialien gemeinsam erstellt, genutzt und weiterberaten werden. Das ist in den meisten Fällen noch</p>

* Bündnis Freie Bildung

	nicht so
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.
SPD	<p>Unsere erste Priorität liegt in der Sicherung und im Ausbau der Unterrichtsversorgung. Bis 2019 wollen wir 100 Prozent Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen erreichen; für die berufsbildenden Schulen bis 2021. Vor diesem Hintergrund sind Freistellungen für die Erstellung derartiger Bildungsmaterialien nicht möglich.</p> <p>Gleichzeitig wollen wir das Angebot an digitalen Unterrichtsmaterialien erweitern. Auf diese Weise können sich Schulen zeitnah mit hochwertigen Unterrichtseinheiten zu aktuellen Themen unterstützen. Das entlastet Lehrkräfte und erhöht die didaktische Qualität des Unterrichts. Phasen von gesteuerter und selbstgesteuerter Lehre lassen sich so optimal verbinden.</p>
FDP	<p>Geistige Leistung muss angemessen honoriert werden. Eine Verpflichtung zu einer Veröffentlichung unter einer freien Lizenz könnte zwar zum Gegenstand eines Arbeitsvertrages gemacht werden, allerdings müsste ein solcher Vertrag auch klare Regelungen für die Honorierung der erbrachten Leistung enthalten. Eine entschädigungslose Enteignung geistigen Eigentums lehnt die FDP ab. Auch sehen wir eine einfache Freistellung von Lehrkräften vom Unterricht aufgrund des hohen Unterrichtsausfalls in Schleswig-Holstein kritisch, da dieses Problem prioritär zu bekämpfen ist.</p>
Die Linke	<p>Grundsätzlich würde DIE LINKE es begrüßen, wenn Lehrkräften freie Zeit zur Verfügung stünde, um freie Bildungsmaterialien zu schaffen. Allerdings besteht durch die verantwortungslosen (Personal-)Kürzungen im schleswig-holsteinischen Bildungswesen ein akuter Personalmangel, der zum Ausfall von Unterrichtszeiten führt. Oberste Priorität hat für uns die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung.</p>

* Bündnis Freie Bildung

	<p>Perspektivisch muss die Erstellung freier Bildungsmaterialien zum „normalen“ Berufsbild der Lehrerinnen und Lehrer gehören. Hierzu ist die Schaffung neuer Planstellen im Bildungswesen dringende Voraussetzung.</p> <p>DIE LINKE wird sich gegen wohlklingende Initiativen stellen, welche Lehrkräfte dazu anhält, berufliche Tätigkeiten (wozu auch die Erstellung von Bildungsmaterialien gehört!) in ihrer Freizeit durchzuführen. Bereits jetzt sind eigentlich berufliche Tätigkeiten von Lehrkräften häufig in die Freizeit ausgelagert, was zu immensen Belastungen führt. Wir wollen diesen Missbrauch von beruflichem Engagement beenden, Lehrkräfte benötigen mehr unterrichtsfreie Arbeitsstunden für andere Tätigkeiten – hierzu soll auch die Erstellung freier Bildungsmaterialien gehören.</p>
AFD	<p>Grundsätzlich unterstützen wir den Ansatz, dass alle Bildungsmaterialien, die von Angestellten öffentlicher Institutionen erstellt werden, der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden müssen. Ausnahmen müssen sinnvoll begründet werden (z. B. für die Organisation / Durchführung von Prüfungen).</p> <p>Die AfD steht für das Prinzip der Subsidiarität: Mehr Entscheidungsspielraum den einzelnen Schulen / Institutionen. Insbesondere im ländlichen Raum kann es im Zuge der weiteren Digitalisierung sinnvoll sein, dass bezahlte Lehrerstunden in die Erstellung / Organisation von freien Bildungsmaterialien fließen. Da wir es gegenwärtig an den öffentlichen Schulen noch mit einem Mangel an Lehrern/ Präsenz-Unterrichtsstunden zu tun haben, wären diese Aufgaben in erster Linie als Alternative in vielen Fällen von Langzeiterkrankung / Frühpensionierung von Lehrkräften denkbar. Homeoffice statt vor der Klasse zu stehen.</p>
Piraten	<p>Zurzeit ist es gängige Praxis, dass der Steuerzahler Lernmaterialien doppelt bezahlt: Zum einen finanziert er deren Erstellung und Publikation und zum anderen müssen die Schulen für den Erwerb bezahlen. Wir verlangen deshalb, dass das Land eine konsistente Strategie zur Förderung und Erstellung freier Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) erarbeitet. Dabei sollten sowohl Materialien des schulischen, des universitären als auch des Weiterbildungsbereiches im Fokus liegen. Über ein entsprechendes Lizenzmodell wollen erreichen, dass die Materialien von einem möglichst breiten Personenkreis kostenfrei genutzt werden können. Das Land soll die Lehrer außerdem bei der Erstellung von Open Educational Resources unterstützen. Etwa, indem es sie in rechtlichen Fragestellungen berät</p>

* Bündnis Freie Bildung

	und Lehrer die investierte Zeit als Arbeitszeit angerechnet bekommen. Langfristig würde so ein Pool von Lern- und Lehrmaterialien entstehen, der von allen Bildungsträgern gemeinsam erstellt sowie genutzt wird (Wikipedia-Prinzip).
SSW	Schleswig-Holstein hat als Konsolidierungsland, das unter vergleichsweise strikten Auflagen zur Einhaltung einer in der Verfassung verankerten Schuldenbremse haushaltet, eher geringe finanzielle Spielräume. Noch dazu fehlen gerade im Bildungsbereich (und insbesondere vor dem Hintergrund der Aufgabe Inklusion) erhebliche personelle aber auch finanzielle Ressourcen. Unser prioritäres Ziel ist daher, die inklusive Schule und eine annähernd 100-prozentige Unterrichtsversorgung sowie eine zeitgemäße Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen zu erreichen. Dabei ist uns ohne Frage auch die Erstellung und Veröffentlichung freier Bildungsmaterialien wichtig. Aber die Mittel hierfür sind mittelfristig stark begrenzt. Was also die Ebene der konkreten Freistellung von öffentlich finanzierten Angestellten angeht, wären heutige Zusagen schlicht unseriös. Wir haben aber uns aber beispielsweise kürzlich für die Förderung einer Professur im Bereich Medienkompetenz an der Europa-Universität Flensburg stark gemacht. Wenn es aber darum geht, Inhalte, die im Rahmen der beruflichen Tätigkeit erstellt werden, unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen, sind wir absolut bereit, dies zu unterstützen.

	3. Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um Lehrkräfte in den Bildungsbereichen Schule und Hochschule für die Arbeit mit digitalen Medien und freien Bildungsmaterialien (OER) zu qualifizieren? Welche Maßnahmen wollen Sie dazu konkret umsetzen?
Bündnis 90/Die Grünen	Es gibt eine Menge Kooperationsprojekte zwischen Hochschulen und Schulen, um digitale Medien im Bildungsbereich und Medienkompetenz stärker in Unterricht und Lehre zu verankern. Im Rahmen der digitalen Agenda der Landesregierung werden diese Projekte ausgebaut. Projektpartner sind beispielsweise die Europa Universität Flensburg, die FH Lübeck, der offene Kanal und viele Schulen in unserem Land
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.

* Bündnis Freie Bildung

SPD	<p>Schleswig-Holstein hat vor zwei Jahren die Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer von Grund auf reformiert. Hauptziel war, die Studierenden besser auf die schulische Praxis vorzubereiten. Der didaktische Anteil des Studiums wurde dafür ausgeweitet. Dazu gehört selbstverständlich auch der Umgang mit digitalen Medien und freien Bildungsmaterialien.</p> <p>Wir werden in den nächsten Jahren genau verfolgen, ob es punktuell Nachbesserungsbedarf gibt. Darüber stehen wir im regelmäßigen Gespräch mit den Hochschulen, den Vertretungen der Studierenden und denen der Lehrkräfte in Ausbildung.</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich dafür ein, die beim IQSH bestehende E-Learningplattform weiter auszubauen und entsprechende Qualifizierungen von Lehrkräften durchzuführen. Zudem wollen wir die Hochschulen finanziell in die Lage versetzen, die Zahl der Online-Studiengänge sowie der online abrufbaren Vorlesungen und Seminare deutlich zu erhöhen. Die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter können die Hochschulen in Schleswig-Holstein sehr gut eigenständig regeln. Das fällt aus unserer Sicht in den Bereich der Hochschulautonomie.</p>
Die Linke	<p>Die Befassung mit OER muss Pflichtbestandteil der Lehramtsausbildung werden. Für bereits im Beruf befindliche Lehrkräfte sind Qualifizierungsmodule zu entwickeln, welche im Rahmen der üblichen Weiterbildung angeboten und vom Land finanziert werden müssen.</p>
AFD	<p>Die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrern sollte eine der Hauptaufgaben des Bildungsministeriums sein. Dazu gehört selbstverständlich auch die Qualifizierung für Erstellung/ Umgang mit digitalen Lehrmaterialien. Diese Aufgabe des Ministeriums stellen wir in unserem Konzept heraus – gleichzeitig mit der Übertragung von Kompetenzen und Autonomie an die Schulen.</p>
Piraten	<p>Wir wollen, dass das Land eine Strategie zur Vermittlung von Medienkompetenz an Schüler durch die Schulen erarbeitet. Dafür müssen die Lehrer an Fortbildungen zu dem Thema teilnehmen und die Lehrpläne müssen</p>

* Bündnis Freie Bildung

	dementsprechend angepasst werden, sodass Lehrer in der Lage sind, Medienkompetenz zu vermitteln und mit digitalen Medien im Unterricht zu arbeiten.
SSW	Als Partei mit skandinavischer Prägung und einem starken Fokus auf das gemeinsame und lebenslange Lernen, sehen wir den Schlüssel in der Bildung. Wir haben bereits im Rahmen der Reform der Lehrerbildung einen deutlich höheren Stellenwert der digitalen Bildung und damit auch der Arbeit mit digitalen Medien verankert. Erste Absolventen kommen nun allmählich an die Schulen. Doch daneben muss ganz ohne Frage das Angebot an Fort- und Weiterbildungen kontinuierlich angepasst aber auch ausgebaut werden. Als konkrete Maßnahme haben wir beispielsweise unser Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH) entsprechend ausgerichtet und gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

	4. Was möchten Sie konkret in der kommenden Legislaturperiode zur Verbesserung des freien Zugangs zu Bildungsmaterialien unternehmen?
Bündnis 90/Die Grünen	<p>Die Potenziale von OER sind nicht zu übersehen: In der Schule kann der Unterricht deutlich spannender werden, weil so z.B. Audio- und Videosequenzen, interaktive Möglichkeiten und sehr differenziertes Material zugänglich ist. Die Unterrichtsvorbereitung von Lehrkräften wird sich so verändern. Ob sie mittelfristig einfacher und effizienter wird, wissen wir nicht, aber sicher wird sie deutlich effektiver.</p> <p>Eine breite Kultur des Teilens, des kooperativen Arbeitens - auch das ist ein Potenzial. Lehrkräfte werden immer mehr zu Teams statt Einzelkämpfer*innen sein zu müssen.</p> <p>Der größte Reiz, die Offenheit führt paradoxerweise auch zu ein paar Hürden: Offenheit verlangt oft nach Regeln. Schon jetzt gibt es mehr als eine Milliarde Werke mit Creative Commons Lizenzen im Netz, die Hälfte davon kann bearbeitet werden. Aber Lehrkräfte stolpern oft über urheberrechtliche Fragen. Hier braucht es eine klare Handhabung, wie es z.B. die Lizenzhinweisgenerator für einen kleinen Teil bietet – sowohl bei der Nutzung als auch bei der Erstellung</p>

* Bündnis Freie Bildung

	<p>von Materialien.</p> <p>Wichtig ist auch die Frage nach Qualitätssicherung. Wir setzen erst mal auf „Schwarmintelligenz“ – wenn Material häufig verwendet wird und dies sichtbar ist, ist das ein guter Hinweis für Nutzer*innen. Ob es mittelfristig ein Gütesiegel oder Hinweise auf Leitplattformen geben wird, ist aber zu diskutieren.</p> <p>Gerade bei dem Potenzial und der Vielzahl an Material und Nutzer*innen im Bildungsbereich in Schulen, Berufliche Bildung und Hochschulen muss man vorher entscheiden, wie eine gute gemeinsame Strategie aussehen kann. Das tut die KMK derzeit, auch die aktuelle „mapping“ Studie zu OER im Auftrag des Bundesministeriums gibt ebenfalls wichtige Hinweise.</p> <p>Die wichtigste Konsequenz: Nicht jedes Bundesland alleine! Gerade bei OER geht es um Teilen, um einen kooperativen und kreativen Umgang mit Wissen. Darum ist eine Strategie des Landes unbedingt in eine Bundeslinie eingebettet.</p> <p>Wenn der Bund einen Digitalpakt plant, dann sollten auf Bundesebene nicht nur Milliarden für Anschluss und Endgeräte ausgegeben werden, sondern auch einen finanziellen und personellen Anschub für OER geben. OER muss Teil einer digitalen Gesamtstrategie sein.</p>
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.
SPD	Die Landesregierung wird die vor rund zwei Jahren vorgelegte Digitale Agenda auch im Bildungsbereich schrittweise umsetzen. Dazu gehören der Ausbau der Medienbildung als Fachanforderung in allen Schulfächern, der verstärkte Einsatz digitaler Medien, der Ausbau der schulischen Kommunikationsplattform „SchulCommSy“ und die Pilotprojekte „Lernen mit digitalen Medien“. Bisher nehmen daran bereits 46 Modellschulen teil. Wir werden die Digitalisierung auch in der beruflichen Bildung stärken.
FDP	Das Schleswig-Holsteinische Schulgesetz sieht bereits die Lernmittelfreiheit vor. Die FDP setzt sich jedoch dafür ein, dass die Lernmittelfreiheit auf elektronische Endgeräte, wie z.B. Tablets, ausgeweitet wird.

* Bündnis Freie Bildung

Die Linke	<p>DIE LINKE wird im Landtag Gesetzesänderungen und Entschlüsse beantragen, welche die Veröffentlichung von durch Landesbedienstete bzw. im Auftrag des Landes erstellte Bildungsmaterialien unter freien Lizenzen vorsieht. Eine tatsächliche Umsetzung wird von den konkreten Mehrheitsverhältnissen abhängen.</p> <p>Darüber hinaus erscheint es uns sinnvoll, andere politische Kräfte von der Schaffung eines „Runden Tisches Freie Bildungsmaterialien“ zu überzeugen, an welchem die verschiedenen Akteure gemeinsam eine tragfähige und dauerhafte OER-Strategie für Schleswig-Holstein entwickeln.</p>
AFD	<p>Wir werden als Oppositionspartei entsprechende Anfragen und Anträge stellen (siehe 1). Dadurch werden wir den aktuellen Status ermitteln und Vorschläge zur weiteren Verbreitung von Moodle und anderen Bildungsplattformen machen.</p>
Piraten	<p>Wie bereits erwähnt, steht der SSW für ein Bildungswesen, in dem Kinder möglichst gleiche (Start-)Chancen haben sollen. Bildungserfolg darf nicht länger vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Leider sind wir davon aber noch ein gutes Stück entfernt. Wir arbeiten daher eng mit Akteuren wie etwa dem Kinderschutzbund zusammen, um die tatsächlichen Bildungskosten bei uns im Land nicht nur zu ermitteln sondern eben auch zu verringern bzw. auszugleichen. Zum einen brauchen wir hier einen sozialpolitischen Ansatz, der die Situation bedürftiger Kinder auch wirklich verbessert. Zwar verfolgt eine Maßnahme wie das Bildungs- und Teilhabepaket einen tendenziell positiven Ansatz, weil es die Leistungen für Kinder und Jugendliche zumindest geringfügig erhöht (wobei hier aber eigentlich von Anfang an klar war, dass diese ergänzende Sozialleistung äußerst aufwändig zu administrieren sein würde). Hier brauchen wir also seitens des Bundes eine wirklich spürbare Entlastung der Kinder aus Bedarfsgemeinschaften bzw. aus Familien mit geringen Einkommen. Und zum anderen müssen wir den Zugang zu Bildungsmaterialien auch dadurch erleichtern, dass z.B. unsere Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen hierfür stärker sensibilisiert und geschult werden. Auch der Tatsache, dass die vorhandenen Unterlagen im Netz für unerfahrene Nutzer kaum auffindbar sind, müssen wir noch stärker entgegenwirken.</p>

* Bündnis Freie Bildung

	5. Befürworten Sie den Einsatz von freier und Open Source Software im Bildungsbereich und ist Ihre Partei bereit, in deren (Weiter-)Entwicklung zu investieren?
Bündnis 90/Die Grünen	Wir GRÜNE unterstützen den Einsatz von freier Software. Im Rahmen der Digitalen Agenda der Landesregierung sind wir auch offen dafür, in die Umstellung zu investieren. Es geht aber auch darum Akzeptanz bei den Akteur*innen im Bildungsbereich zu schaffen.
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.
SPD	Wir unterstützen den Einsatz von Open-Source-Software im gesamten Bildungsbereich. Das werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode finanziell fördern.
FDP	Über den Einsatz von Software an Schulen entscheiden die Schulträger und die fachlich dafür ausgebildeten Lehrkräfte. Die FDP begrüßt dabei den Einsatz von Open Source Software, möchte entsprechende Plattformen durch die Beseitigung rechtlicher Hürden fördern und so den Wissenstransfer in die Gesellschaft stärken.
Die Linke	<p>Ja. Aus grundsätzlichen Erwägungen möchte DIE LINKE erreichen, dass künftig in allen Bereichen der öffentlichen Hand ausschließlich auf Open-Source-Software gesetzt wird – dieses gilt insbesondere auch für das Bildungswesen. Grundsätzlich sollen alle Verträge über Software-Lizenzen mit kommerziellen Anbietern auslaufen bzw. zum frühestmöglichen wirtschaftlich vertretbaren Zeitpunkt gekündigt werden. Mit Steuergeldern erstellte Software, Daten und Medien müssen grundsätzlich der Allgemeinheit kostenlos zur nichtkommerziellen Nutzung zur Verfügung stehen.</p> <p>Langfristig ist es für die öffentliche Hand kostengünstiger, eigene Kräfte zur (Weiter-)Entwicklung benötigter Software vorzuhalten. Entsprechende Planstellen müssen geschaffen und langfristig finanziert werden.</p>

* Bündnis Freie Bildung

AFD	<p>Wir gehen davon aus, dass Linux mit Ubuntu und Open Office aus Kostengründen bereits heute im Bildungsbereich verwendet werden und werden dies im Bildungsausschuss prüfen. Es sollte auf jedem Schul-PC zumindest eine Partition komplett auf Open Source Software laufen.</p> <p>Uns ist jedoch auch bewusst, dass die Schüler in der Berufswelt auf eine hauptsächlich durch Microsoft Produkte dominierte Softwarelandschaft konfrontiert werden. Ziel muss sein, die Schüler an diese Software heranzuführen, ohne dass Eltern oder Schulen zusätzlich Lizenzkosten an den Microsoft Konzern zahlen – also Einforderung von kostenfreien Software Lizenzen für Schüler und Bildungseinrichtungen.</p> <p>Das Wissen über Open Source Software und der Vergleich mit den gebräuchlichen MS Produkten sollte Lehrinhalt an den öffentlichen Schulen werden.</p>
Piraten	Ja.
SSW	<p>Ja, der SSW befürwortet den Einsatz von freier und Open Source Software im Bildungsbereich. Leider wird gerade der Punkt Software zum Beispiel in der Diskussion um Lernmittelfreiheit von vielen vernachlässigt oder gar vergessen. Dabei schränkt der Einsatz von nicht-freier Software ganz ohne Frage die Freiheit der Nutzer und deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Außerdem sind Schulen zur Neutralität verpflichtet und sollten daher aus Sicht des SSW keine speziellen kommerziellen Anbieter von Software unterstützen. Noch dazu schließt die Nutzung von kostenpflichtiger Software jene aus, die nicht über die nötigen Mittel verfügen. Gerade weil beim Einsatz freier Software eben keine Lizenzgebühren anfallen, können Schülerinnen und Schüler kostenlos davon profitieren und noch dazu Steuermittel gespart werden. Und auch aus pädagogischen Gesichtspunkten und mit Blick auf ein möglichst eigenständiges und kritisches Denken scheint uns die Nutzung freier Software vorteilhaft. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass wir zunächst einmal sicherstellen müssen, dass Schulen überhaupt über eine angemessene technische Grundausstattung verfügen. Auch Fragen der Datensicherheit müssen zweifelsfrei geklärt werden. Nichtsdestotrotz werden wir uns weiterhin für den Einsatz von freier und Open Source Software im gesamten Bildungsbereich einsetzen. Daraus folgt ausdrücklich auch, dass wir durchaus bereit sind, im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten in die Weiterentwicklung zu investieren.</p>

* Bündnis Freie Bildung

--	--

	6. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Erstellung und Verwendung von freien Bildungsmaterialien im Bereich der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung fördern?
Bündnis 90/Die Grünen	<p>Die Verwendung von freien Bildungsmaterialien sehen wir auch in den Bereichen berufliche Bildung und Weiterbildung als wichtigen Punkt. In der Erwachsenenbildung mit einem hohen Anteil an eigenverantwortlichem und selbstgesteuertem Lernen sind OER-Materialien und ein freier Zugang zu Publikationen ein wichtiger Baustein – auch, um Chancengleichheit zu erreichen.</p> <p>Weiter siehe Frage 4.</p>
CDU	<p>Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.</p>
SPD	<p>Wir werden in dieser Frage sowohl mit den lehrerbildenden Universitäten als auch mit dem IQSH sowie mit den Trägern der Weiterbildung eng zusammenarbeiten. Unter anderem wollen wir ein Gremium zur Weiterentwicklung der dualen Ausbildung im Ausschuss für Berufsbildung einrichten.</p> <p>Außerdem werden wir die Kooperation der Lernorte zur Stärkung des ländlichen Raumes fördern. Die berufsbildenden Schulen werden wir zu Innovationszentren und digitalen Kernorten ausbauen. So ist es auch in der Digitalen Agenda des Landes vorgesehen.</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich für die Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Im Hinblick auf die duale Berufsausbildung wollen wir mittels freier digitaler Bildung über individualisiertes, stärker betriebs- bzw.</p>

* Bündnis Freie Bildung

	<p>arbeitsplatzorientiertes Lernen neue Möglichkeiten eröffnen. Wir wollen gemeinsam mit Schulträgern und schleswig-holsteinischer Wirtschaft ein Konzept für die Einrichtung von „Smart Factories“ entwickeln, die die Vermittlung arbeitsmarktspezifischer Fertigkeiten, das Trainieren intelligenter Produktionsprozesse für Auszubildende sowie die Sensibilisierung für die Herausforderungen des digitalen Wandels hervorheben. Darüber hinaus wollen den Aufbau von E-Learningplattformen fördern und entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote für z.B. Berufslehrkräfte ausbauen.</p>
Die Linke	<p>An den Berufsschulen besteht derzeit ein noch größerer Personalmangel als an den allgemeinbildenden Schulen. Auch hier muss kurzfristig die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung oberste Priorität genießen. Durch die Schaffung neuer Planstellen und gleiche Bezahlung für Lehrkräfte an Berufsschulen soll auch hier perspektivisch die Möglichkeit entstehen, dass die Erstellung freier Bildungsmaterialien selbstverständlicher Bestandteil der beruflichen Tätigkeit wird.</p> <p>Darüber hinaus sollen Anreize für ausbildende Betriebe geschaffen werden, eigene Bildungsmaterialien unter freie Lizenz zu stellen und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.</p>
AFD	<p>Unsere Vorschläge in den Landtag einbringen: A) Einsatz von Lehrkräften, die keinen Präsenzunterricht mehr geben können für die Erstellung und Verbreitung von freien Bildungsmaterialien herangezogen werden. B) Eine Informationskampagne für Open Access mit dem Ziel die Bürger geführt (über VHS ...) und eigenständig mit dieser Möglichkeit der Weiterbildung vertraut zu machen. C) Prüfung, ob die Möglichkeiten von zertifizierten Abschlüssen in Verbindung mit Heimstudium / freien Lehrmaterialien ausreichen .</p>
Piraten	<p>Wir verlangen beispielsweise, dass das Land eine konsistente Strategie zur Förderung und Erstellung freier Bildungsmaterialien (Open Educational Ressources) erarbeitet. Dabei sollten sowohl Materialien des schulischen, des universitären als auch des Weiterbildungsbereiches im Fokus liegen. Über ein entsprechendes Lizenzmodell wollen erreichen, dass die Materialien von einem möglichst breiten Personenkreis kostenfrei genutzt werden können. Das Land soll die Lehrer außerdem bei der Erstellung von Open Educational Ressources unterstützen. Etwa, indem es sie in rechtlichen Fragestellungen berät und Lehrer die investierte Zeit als Arbeitszeit angerechnet bekommen. Langfristig</p>

* Bündnis Freie Bildung

	würde so ein Pool von Lern- und Lehrmaterialien entstehen, der von allen Bildungsträgern gemeinsam erstellt sowie genutzt wird (Wikipedia-Prinzip).
SSW	Zweifelsohne muss der freie Zugang zu Bildungsmaterialien auch für den berufsbildenden Bereich und im Rahmen der Weiterbildung mitgedacht werden. Doch auch hier gelten leider einige Vorbehalte: Zunächst müssen wir auch in der beruflichen Bildung erheblich in eine verbesserte Lehrkräfte- und damit Unterrichtsversorgung investieren. Auch die Modernisierung der Ausstattung und die schnellstmögliche Anbindung an das Breitbandnetz sind unverzichtbar und werden erhebliche Ressourcen binden. Freistellungen oder vergleichbare Anreize sind also auch in diesem Bereich mittelfristig finanziell kaum darstellbar. Die Lehrkräfte müssen aber verstärkten Zugang zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen erhalten, um größere Sicherheit und Routine im Umgang mit diesen Materialien zu erlangen. Mit Blick auf den Bereich Weiterbildung setzen wir uns unverändert für eine Novelle des Weiterbildungsgesetzes mit dem Ziel der Stärkung und verbesserten Finanzierung ein. Der Erstellung und Verwendung von freien Bildungsmaterialien werden wir hierdurch mehr Raum geben können.

	7. Welche Anreize wollen Sie setzen, um Open Access in den Hochschulen zu befördern, etwa was die Verbindlichkeit von Open Access Publikationen bei öffentlich geförderten Projekten betrifft?
Bündnis 90/Die Grünen	Unser Land hat für den Wissenschaftsbereich und die Hochschulbibliotheken eine Open Access Strategie gemeinsam mit den Akteur*innen entwickelt. Diese wollen wir erweitern. Teil der Strategie ist bereits jetzt ein Publikationsfonds, der Wissenschaftler*innen dabei unterstützt, offen zu publizieren. Die Open Access Strategie zeigt, dass es hier vorangeht. So wurden 2016 rund 100.000 Euro für den Aufbau eines Publikationsfonds für Open Access Publikationen bereitgestellt.
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.

* Bündnis Freie Bildung

SPD	<p>Wir wollen das Digitale Lernen an den Hochschulen stärken. Aus diesem Grund wird die Digitalisierung ein wichtiger Aspekt bei der Aushandlung der nächsten Zielvereinbarungen sein. Es wird auch darum gehen, die didaktische Isolation zu beenden, in der viele Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer noch immer agieren. Der Austausch von Materialien und Methoden soll zum selbstverständlichen Arbeitsprinzip werden.</p> <p>Schon jetzt können Hochschulen die Entwicklung digitale Medien und Lehrformate zum Beispiel über Leistungsbezüge honorieren. Voraussetzung für Digitales Lernen ist eine moderne Ausstattung. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur hat deshalb Priorität. Außerdem werden wir die Umsetzung der zwischen Land und Hochschulen verabredete Open Access-Strategie fortsetzen.</p>
FDP	<p>Die Schleswig-Holsteinischen Hochschulen sind innovativ und können selbst am Besten entscheiden, welche Angebote sie für zur eigenen Weiterentwicklung brauchen, bzw. anbieten wollen. Die FDP unterstützt die Hochschulen bei ihren bisherigen Schritten hin zu einem übergreifenden Open-Access-Dokumentenserver für Publikationen. Auch gilt es, den bestehenden Publikationsfonds fortzuführen.</p>
Die Linke	<p>DIE LINKE möchte die Notwendigkeit von Drittmittelfinanzierung in Hochschule, Wissenschaft und Forschung zugunsten einer öffentlichen Ausfinanzierung wieder zurückdrängen.</p> <p>Open Access ist als Grundsatz für öffentlich (ko-)finanzierte Projekte im Hochschulgesetz zu normieren.</p>
AFD	<p>Wenn ein Projekt zu 100% öffentlich gefördert ist, sollte Open Access auf die Forschungsergebnisse selbstverständlich und bereits Grundvoraussetzung für die Fördergelder sein. Ausnahmen davon müssen beantragt und genehmigt werden (z. B. wenn dieses Wissen aus Sicherheitsgründen oder wegen nationalen/marktwirtschaftlichen Interessen der Geheimhaltung unterliegen muss)</p>

* Bündnis Freie Bildung

Piraten	Öffentliche Förderung sollte immer nur dann ermöglicht werden, wenn unter anderem Open Access zu den Publikationen und den Forschungsergebnissen fest geregelt ist. Diese Punkte müssen fester Bestandteil von Verträgen zu öffentlicher Förderung werden.
SSW	<p>Wir haben im Rahmen unserer Regierungsbeteiligung dazu beigetragen, dass Schleswig-Holstein als eines der ersten Bundesländer überhaupt ein Konzept für den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur und wissenschaftlichen Studien im Internet entwickelt hat. Mit dieser Strategie 2020 für Open Access fördern wir den offenen digitalen Zugang zu den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen unserer Hochschulen. Diese Strategie ist der erste Schritt eines Transformationsprozesses, dem weitere im Zusammenhang mit Open Data, dem weltweit freien Zugang zu Forschungsdaten, und Open Science, der Öffnung aller Phasen von Forschungsprozessen, folgen sollen.</p> <p>Mit diesem offenen Zugang verbinden wir die Ziele, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in Schleswig-Holstein zeitnah international bekannt zu machen, die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu befördern und zugleich die Sichtbarkeit und langfristige Verfügbarkeit von Publikationen schleswig-holsteinischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu steigern. Außerdem hat die Landesregierung im Jahr 2016 erstmalig 100.000 Euro für den Aufbau eines Publikationsfonds bereitgestellt und realisiert damit einen weiteren Schritt in ihrer Open-Access-Strategie für unseren Wissenschaftsstandort. Aus diesem Fonds sollen Publikationsgebühren in Open-Access-Plattformen bis zu einer Höhe von maximal 2.000 Euro beglichen werden. Damit können Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler ohne eigenes finanzielles Risiko in Open Access publizieren. Die Mittel werden pauschal zur Verfügung gestellt und können von den Hochschulen auf Antrag an ihre Mitglieder vergeben werden.</p>

	8. Welche Maßnahmen planen Sie, damit öffentlich geförderte Kultureinrichtungen sich verstärkt daran beteiligen, digitalisierte Kulturgutbestände frei lizenziert zur Verfügung zu stellen, mit denen sich Lehr- und Lernprozesse unterstützen lassen und das Spektrum verfügbarer Bildungsmedien erweitert wird?
--	--



Bündnis Freie Bildung

Bündnis 90/Die Grünen	Die Digitalisierung ist ein Instrument zur Bewahrung schriftlichen Kulturguts. Das Land fördert diese bereits mit insgesamt knapp 400.000 Euro jährlich. Dabei entscheiden Landesbibliothek und -archiv in eigener Verantwortung was wie gesichert wird und ob dazu jeweils eine Digitalisierung sinnvoll und nötig ist. Diese Struktur wollen wir beibehalten.
CDU	Die CDU hat keine Stellungnahme abgegeben.
SPD	<p>Die Landesregierung wird auch weiterhin die digitale Infrastruktur im Kulturbereich ausweiten. So wird mehr Menschen der Zugang zu Kultureinrichtungen ermöglicht. Die kulturelle Vernetzung muss Grenzen überwinden. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit den skandinavischen und baltischen Ländern verstärken.</p> <p>Sowohl Bibliotheken als auch Archive sollen ihre Bestände schrittweise digital archivieren und zugänglich machen. Dabei werden wir die kulturellen Einrichtungen des Landes auch finanziell unterstützen.</p>
FDP	Die FDP hält es für wichtig, dass in einem ersten Schritt alle Kulturgutbestände digitalisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Haushaltsmittel für diesen Prozess bereitgestellt werden. Insbesondere gilt es auch, die Kommunen in diesem Bereich zu unterstützen. Das Land steht in der Verantwortung, Personalstellen für das Digitale Archiv bereitzustellen. Der Zugriff auf das Archiv muss einfach gewährleistet werden, um Lehr- und Lernprozesse zu unterstützen. Eine Kooperation und Netzwerkbildung mit anderen Bundesländern hält die FDP zudem für wünschenswert.
Die Linke	<p>Zuerst muss die nötige technische Infrastruktur geschaffen und vorgehalten werden, um Kulturgutbestände in öffentlichem Besitz tatsächlich flächendeckend digitalisieren zu können. Es sollte Ziel sein, Kulturgut zeitnah zu digitalisieren, sobald etwaige Urheberrechte Dritter erloschen sind.</p> <p>Grundsätzlich ist derart digitalisiertes Kulturgut unter freier Lizenz zugänglich zu machen, entsprechende Anforderungen müssen in den Gesetzen und Verordnungen zur Kulturförderung verankert werden.</p>
AFD	Wenn Kulturbestände bereits digitalisiert sind, gilt dasselbe wie bei 7). In die Informationskampagne (siehe 6B) können

* Bündnis Freie Bildung

	<p>alle Kultureinrichtungen einbezogen werden. Ob man mehr machen kann, hängt von der Personalkapazität der Kultureinrichtung ab. Ähnlich wie bei den Schulen setzen wir hier auf Eigenverantwortung: Erhalt der vielfältigen Kultureinrichtungen ist oberste Priorität. Auflagen und bürokratische Hürden sind zu vermeiden.</p>
Piraten	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass das wissenschaftliche und kulturelle Erbe der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access zugänglich gemacht wird. Wir sehen es als Aufgabe der Landesregierung an, dieses Prinzip an den von ihr finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen.</p>
SSW	<p>Deutschland hinkt weit hinterher, wenn es darum geht, die Potenziale der Digitalisierung für die Gesellschaft zu nutzen. Wir sehen die Herausforderungen in Bezug auf die Digitalisierung als Chance und haben dabei natürlich auch den Kulturbereich im Blick. Schleswig-Holstein braucht eine Digitale Agenda Kultur. Dies ist in unseren Augen eine zentrale Zukunftsinvestition. Hierfür wollen wir uns in der kommenden Wahlperiode stark machen. Eine abgesicherte Finanzierung ist natürlich die Grundvoraussetzung für dieses Vorhaben. Wir werden uns daher für ein mehrjähriges Finanzierungsmodell einsetzen, welches sich aber neben Landesmitteln auch auf eine Kofinanzierung des Bundes stützen muss. Für uns ist und bleibt bei alledem entscheidend, die richtigen Prioritäten bei der Umsetzung von Investitionen zu setzen. Wir als SSW machen uns dafür stark, dass insbesondere die Digitalisierung des Kulturbereichs zu einer echten Priorität auf Landesebene wird. Dazu werden wir selbstverständlich auch und gerade die Kultureinrichtungen und Ihre Kulturbestände im Blick haben, um auch hier eine freie Verfügbarkeit von allgemeinem Bildungsmaterial zu unterstützen. Dies gilt in besonderem Maße für die Bibliotheken im Land. Entsprechendes haben wir in unserem landeseigenen Bibliotheksgesetz verankert.</p>